NDB-Artikel

Lohse, *Hinrich* nationalsozialistischer Politiker, * 2.9.1896 Mühlenbarbek bei Kellinghusen (Mittelholstein), † 25.2.1964 Mühlenbarbek bei Kellinghusen (Mittelholstein). (lutherisch)

Genealogie
V Claus-Hinrich (1869–1949), Bauer;

M Catharina-Margaretha Rohwer (1869–1929);

⚭ Luise Lohse (* 1901);

2 *S*, 1 *T*.

Leben
Nach dem Besuch der Volksschule und einem Jahr Handelsschule absolvierte L. eine kaufmännische Lehre. 1915 wurde er zur Infanterie einberufen, nach einer Verwundung jedoch 1916 als Kriegsbeschädigter entlassen. Nach dem Ende des 1. Weltkriegs wurde L. politisch aktiv. Er trat der „Schleswig-Holstein. Landespartei“, die eine konservativromantische Staatsauffassung mit antisemitischen Tendenzen vertrat, bei und wurde 1920 deren hauptamtlicher Geschäftsführer. Im Mai 1921 verließ er die Landespartei, deren politischer Abstieg sich abzeichnete. 1922-24 war L. als Bankbeamter in Hamburg tätig. Dort trat er im Frühjahr 1923 der NSDAP bei und wurde bald einer ihrer eifrigsten Agitationsredner in Norddeutschland. Während des Verbots der NSDAP in Preußen nach dem Hitler-Putsch gelangte er bei den Wahlen vom Mai 1924 über die Wahlgemeinschaft „Völkisch-Sozialer Block“ in die Stadtverordnetenversammlung von Altona, der er bis 1928 angehörte.
Nach der Aufhebung des Verbots war L. bei der Neugründung der NSDAP Anfang 1925 eine treibende Kraft. Er verstand es, die verschiedenen deutsch-völkischen Gruppen in Norddeutschland zu integrieren und der NSDAP zuzuführen. L.s politische Einstellung war dabei ganz auf die Person Hitlers fixiert. Ohne Interesse für theoretisch-programmatische Fragestellungen, begnügte er sich mit einem simplen Weltbild aus Antisemitismus, rassischem Nationalismus sowie Ablehnung der Weimarer Ordnung und Verketzerung demokratischer und linker Parteien.

Im Februar 1925 wurde L. zum Gauleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein ernannt. Der am 1.3.1925 gegründete Gau umfaßte gerade 10 Ortsgruppen und nicht mehr als 300 Mitglieder. Nachdem es L. bei den Reichstagswahlen 1928 in einigen ländlichen Gebieten, vorwiegend auf der Geest und an der Westküste, gelungen war, hohe Stimmenanteile für die NSDAP zu erringen, kam es auch zu einem organisatorischen Aufschwung: Die Mitgliederzahl

der NSDAP in Schleswig-Holstein stieg bis zum Jahresende 1928 von 800 auf 4000. Im Laufe der nächsten Jahre gelang es ihm weitgehend, die bäuerliche Protestbewegung (Landvolkbewegung) zur NSDAP herüberzuziehen. Einen nicht unwesentlichen Einfluß hatte dabei eine von L. gegründete nationalsozialistische Zeitung. Die „Schleswig-Holstein. Tageszeitung“ (SHTZ) erschien seit 3.1.1929 unter der Hauptschriftleitung von Bodo Uhse in Itzehoe; L., der als preuß. Landtagsabgeordneter (seit 1928) Immunität genoß, war verantwortlich für den politischen Teil. Mehrmals wurde die Parteizeitung zwischen 1929 und 1932 verboten.

Im Nov. 1932 wurde L. in den Reichstag gewählt. Nach dem Machtantritt Hitlers übernahm er im Rahmen der sog. „Gleichschaltung“ am 29.3.1933 das Amt des Oberpräsidenten für die Provinz Schleswig-Holstein. L. war als Gauleiter wie auch als Oberpräsident ein nüchterner und geschickter Organisator, der als eingesessener Holsteiner die Mentalität der Bevölkerung gut einzuschätzen verstand; er verkörperte eine relativ maßvolle, pragmatische Form des Nationalsozialismus. So beruhigte sich die Lage in Schleswig-Holstein rasch wieder, nachdem es unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers zu gewalttätigen Ausschreitungen, politischen Morden und der Einrichtung von Konzentrationslagern gekommen war. Selbst der „Röhm-Putsch“ führte in Schleswig-Holstein kaum zu Erschütterungen, da L. und die SA-Führung unter J. Meyer-Quade gut miteinander auskamen und sich die Macht im Gau teilten. Machtkämpfe und Konflikte innerhalb der nationalsozialistischen Hierarchie, so etwa 1935 mit dem Flensburger Oberbürgermeister Wilhelm Sievers, und Auseinandersetzungen mit Reichsministerien um politische Einflußsphären, z. B. 1936/37 um die Person des Landesbankdirektors Wachs, konnte L. für sich entscheiden. – Für L. standen in der agrarisch strukturierten Provinz Schleswig-Holstein die Bauern, denen die NSDAP ihre großen Wahlerfolge im Lande verdankte, im Mittelpunkt seiner Politik. Bereits 1933 ließ er einen „Generalplan für die Landgewinnung“, der auf die Verlandung des Wattenmeeres und die Schaffung von Bauernstellen in neugewonnenen Kögen abzielte, erstellen. Dieser Plan gelangte jedoch nur zu einem geringen Teil zur Ausführung. In die Amtszeit L.s fiel 1937 das „Groß-Hamburg-Gesetz“, aufgrund dessen Altona, Wandsbek und Blankenese an Hamburg fielen. Schleswig-Holstein wurde im Gegenzug mit der Hansestadt Lübeck und dem oldenburg. „Landesteil Lübeck“ abgefunden. L. nahm als Gauleiter und Oberpräsident verschiedene Funktionen und Ämter wahr. Er war Präsident des Provinzialrates und Preuß. Staatsrat. In der Schleswig-Holstein. Universitätsgesellschaft übernahm er 1935 den Vorsitz. Seit 1934 leitete er die „Nordische Gesellschaft“, die aus ideologischen Gründen die Beziehungen Deutschlands zu den Nordischen Ländern fördern sollte.

1941-44 war L. Reichskommissar für das besetzte „Ostland“, die Staaten des Baltikums und Weißrußland, mit Sitz in Riga. Als Chef der Zivilverwaltung forcierte er die wirtschaftliche Ausbeutung dieser Gebiete für die deutsche Kriegführung. Die sog. Ostland GmbH's übernahmen dabei auch die großen sowjetischen Wirtschaftskomplexe und organisierten sie mit der Industrie der Baltischen Staaten zu einem Kartell, an dessen Spitze das Reichskommissariat stand. L.s Sorge im Zusammenhang mit den Massenmorden der deutschen „Einsatzgruppen“ galt lediglich der Frage, inwiefern die Opfer als Arbeitskräfte

für die deutsche Rüstung hätten gebraucht werden können. – Bei Kriegsende nahm die britische Besatzungsmacht L. in Haft. 1948 wurde er in einem Spruchkammerverfahren zur Höchststrafe von 10 Jahren und Einziehung seines Vermögens verurteilt; einem sowjetischen Auslieferungsbegehren hatte man nicht nachgegeben. 1951 wurde L. aus Gesundheitsgründen aus der Haft entlassen. In den folgenden Jahren prozessierte er um die Gewährung einer Pension als Oberpräsident. Seine Klage wurde 1955 vom Bundesverwaltungsgericht endgültig abgewiesen.

Werke

Der Nationalsozialismus u. d. dt. Landwirtsch., in: Nationalsozialist. Jb., 1927, S. 140-45. -

Hrsg.: Schleswig-Holstein. Tagesztg., 1929 ff.;

Ostland, Monatszs. d. Reichskommissars f. d. Ostland, 1943 f. -

Lohse-Papiere: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig.

Literatur

A. Dallin, Dt. Herrschaft in Rußland 1941–45, 1958 *(P)*;

P. Hüttenberger, Die Gauleiter, Studie z. Wandel d. Machtgefüges in d. NSDAP, 1969;

S. Myllyniemie, Die Neuordnung d. Balt. Länder 1941–44, Zum nat.soz. Inhalt d. dt. Besatzungspol., 1973;

R. Rietzier, Kampf in d. Nordmark, Das Aufkommen d. Nat.soz. in Schleswig-Holstein (1919–28), 1982;

E. Hoffmann u. P. Wulf (Hrsg.), Wir bauen d. Reich, Aufstieg u. erste Herrschaftsjahre d. Nat.soz. in Schleswig-Holstein, 1983.

Autor

Frank Lubowitz

Empfohlene Zitierweise

, „Lohse, Hinrich“, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 139-140 [Onlinefassung]; URL: http://www.deutsche-biographie.de/.html

02. Mai 2025
© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften